

◀ Foto 1 von 3 🔍



Ostermarsch in Düsseldorf



Rund 60.000 Teilnehmer bei diesjährigen Ostermärschen

Vor 22 Stunden

Frankfurt am Main (AFP) — Bei den diesjährigen Ostermärschen haben nach Veranstalterangaben bundesweit rund 60.000 Menschen für Frieden und Abrüstung demonstriert. Die Zahl der Teilnehmer sei damit trotz des insgesamt schlechten Wetters im Vergleich zum Vorjahr um etwa 10.000 gestiegen, sagte ein Sprecher der Infostelle Ostermarsch in Frankfurt am Main. Das rege Interesse sei besonders auf die Diskussion um den Bundeswehreininsatz in Afghanistan zurückzuführen. Weitere Themen der rund 70 Veranstaltungen waren der Irak-Krieg, aber auch die Lage in Tibet.

Laut der Infostelle Ostermarsch demonstrierten allein am Montag in Frankfurt am Main rund 2000 Menschen, in Berlin ebenfalls 2000, und in Hamburg 1000. Der traditionelle Ostermarsch Ruhr hatte am Samstag in Duisburg begonnen und führte bis Montag nach Dortmund. An einer Fahrradstafette von Essen nach Bochum nahmen rund hundert Menschen teil. Die Veranstalter zogen eine durchweg positive Bilanz. Nach 50 Jahren zeigten sich die Proteste gegen Kriegseinsätze und militärisches Denken als "äußerst lebendige und notwendige Tradition", erklärte das Netzwerk Friedenskooperative in Bonn.

Die Ostermarschierer appellierten an den Bundestag, mehr Geld für den friedlichen Aufbau in Afghanistan als für den Krieg auszugeben. Menschenrechte ließen sich nur mit friedlichen Mitteln durchsetzen, wie das massenhafte Sterben im sogenannten Anti-Terror-Krieg zeige, hieß es in einer Erklärung. "Das Märchen einer konstruktiven Aufbaurolle der Bundeswehr im Norden Afghanistans wird durch ständige Wiederholung nicht wahr", erklärte der Geschäftsführer des Netzwerkes Friedenskooperative, Manfred Stenner. Bei mehreren Mahnwachen forderten Friedensgruppen China zur Einhaltung der Menschenrechte in Tibet auf.

Mit 5000 Teilnehmern gehörte die Demonstration gegen das geplante "Bombodrom" im brandenburgischen Fretzdorf zu den größten Veranstaltungen. Hier traten unter anderem Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Jürgen Seidel (CDU) und Brandenburgs Landwirtschaftsminister Dietmar Woidke (SPD) als Redner auf. In dem Bundesland protestieren Bürgerinitiativen und Gemeinden bereits seit mehr als 15 Jahren für eine friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Sie wehren sich gegen die geplante Wiederinbetriebnahme des einst von sowjetischen Truppen genutzten Schießplatzes, dem sogenannten Bombodrom. Dessen militärische Nutzung war Ende Juli 2007 vom Verwaltungsgericht Potsdam untersagt worden. Die Bundeswehr hat dagegen jedoch Berufung eingelegt.